

POLICY BRIEF

Juli 2017

Marc-Olivier Padis, Giuliano da Empoli und Dominic Schwickert¹

Wie ist der Populismus zu bekämpfen?

Lehren aus drei europäischen Ländern

Der Wahlerfolg Emmanuel Macrons im Mai 2017 scheint den populistischen Siegeszug in Europa vorerst gestoppt zu haben. Doch dies darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass angesichts von Trump, Brexit und erstarkenden rechtspopulistischen Kräften Progressive weltweit in die Defensive gekommen sind. Dieser Policy Brief bietet einen Einblick in die Entstehung populistischer Bewegungen in Frankreich, Italien und Deutschland und diskutiert darauf aufbauend konkrete politische Strategien, wie progressive Kräfte die Oberhand (zurück-) gewinnen können. Um das zu erreichen bedarf es in erster Linie einer neuen Haltung: mehr demokratische Begeisterung, ein Narrativ des positiven Wandels, eine engere Beziehung zwischen Bürgern und Politik und stärkeren transnationalen Austausch.

Wie definiert man Populismus?

Ist Populismus eine handfeste politische Ideologie oder bloß ein Instrument, das ein politischer Akteur unabhängig von Gesinnung und Wertesystem nutzen kann? Politiker², Medien und Wissenschaftler sind sich diesbezüglich nach wie vor uneins. Der vorliegende Policy Brief folgt der Definition des einflussreichen Populismus-Forschers Cas Mudde, die beide Ansätze miteinander verknüpft: Sie versteht Populismus als eine „thin ideology“ mit einem substantiellen Kern, der sich mit

einer Vielzahl von politischer Überzeugungen kombinieren lässt.³ Dieser Kern besteht nach Mudde aus der populistischen Behauptung, der einzig wahre Volksvertreter zu sein; dem „reinen Volk“ stehe ein „Kartell“ der korrupten politischen Elite gegenüber. Diese weite Interpretation von Populismus⁴ scheint angemessen angesichts der unterschiedlichen populistischen Parteien und Bewegungen in Europa, die wir hier betrachten werden. Unsere breite Definition ist jedoch dann

1. Die deutsche Fassung ist eine Übersetzung des englischen Originaltextes. Die Autoren danken Thierry Pech, Tobias Dürr, Sven Altenburger, Benyamin Abdülhay, Andreas Audretsch, Claire Caruth, Jérémie Gagné, Philipp Sälhoff, Maria Skóra und vielen anderen für ihre Kommentare.
2. Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird im Text verallgemeinernd das generische Maskulinum verwendet.

3. Mudde, Cas. 2004. 'The Populist Zeitgeist'. Government and Opposition, Vol. 39(4), S. 542-544.
4. Aufgrund der spezifischen Konstellation in Italien gehen wir auf die sehr wertvollen Überlegungen von Frank Decker zum „Neuen Rechtspopulismus“ oder von Jan Werner Müller zu Anti-Pluralismus als zweitem Definitionsstrang des Populismus in diesem Text nicht weiter ein. Vgl. Decker, Frank. 2006. 'Die populistische Herausforderung. Theoretische und ländervergleichende Perspektiven', in: Frank Decker (Hg.). Populismus: Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv? Wiesbaden, S. 12 sowie Müller, Jan-Werner. 2016. 'Was ist Populismus?' ein Essay. Frankfurt, S. 19.

problematisch, wenn Politiker ihren Politikstil und ihre eigenen politischen Vorhaben als substanziell andersartig im Vergleich zu „etablierter“ Politik positionieren. Ein Paradebeispiel dafür ist die französische Präsidentschaftswahl 2017, bei der alle Kandidaten – inklusive Emmanuel Macron – versucht haben, sich als politisches Anti-Establishment zu inszenieren. Es ist deshalb wichtig exakt zu unterscheiden: Die Herausforderung etablierte Parteien und die Abgrenzung innerhalb des demokratischen Wettbewerbes ist durchaus legitim und erforderlich, um politische Debatten zu erzeugen. Nicht legitim ist jedoch der Einsatz aggressiver Verschwörungsrhetorik und „Lügenpresse“-Vorwürfe mit dem Ziel, sich als „Opfer der Eliten“ zu stilisieren. Ebenso gibt es einen entscheidenden Unterschied zwischen (legitimer oder illegitimer) Elitenkritik und Verweisen auf ein konstruiertes (homogenes) Volk, das Teile der Gesellschaft ausgrenzt.

Wie kann man den Erfolg des Populismus in Europa erklären?

2016 und 2017 zählen zu den erfolgreichsten Jahren für Populisten in der Post-Weltkrieg-Ära. Die Gegenwart kann insofern als „historisch“ bezeichnet werden, als dass sie in der Rückschau womöglich als Entscheidungsphase im Kampf zwischen liberalen Demokratien und ihren populistischen Gegnern in Europa und der Welt gelten kann. Obwohl die im Jahr 2017 noch anstehenden Wahlen in Deutschland und Italien vor diesem Hintergrund von großer Bedeutung sind, sollte die Debatte nicht ausschließlich auf Wahlfristen schauen und Populismus stattdessen als Phänomen behandeln, das sich während der vergangenen zwanzig Jahren stetig entwickelt hat. Populismus ist nicht erst in Folge der europäischen Finanzkrise 2008 entstanden und wird folglich auch nicht ohne Weiteres wieder verschwinden, unabhängig davon wie sich die wirtschaftliche Lage Europas entwickelt. Einfache Erklärungen für das komplexe Phänomen Populismus gibt es nicht, aber zwei zentrale Entwicklungen verdienen in der Diskussion besondere Beachtung: Die steigende Ungleichheit sowie der stattfindende „cultural backlash“ („kulturellen Gegenreaktion“).

Der Blick auf die sozioökonomische Lage in Gesamteuropa zeichnet – mit der Ausnahme von Deutschland – ein eher düsteres Bild: Wachsende Einkommensungleichheit, stagnierende Lohnentwicklung, ungerechte Vermögensverteilung und eine unsichere Zukunft der Arbeitsplätze sind an der Tagesordnung. Die damit einhergehenden Ängste vor sozialem Abstieg können von Populisten adressiert und instrumentalisiert werden. So haben Studien aus Frankreich gezeigt, dass der Front National in denjenigen Gegenden am schnellsten Zuspruch gewonnen hat, in denen soziale Ungleichheit am stärksten ausgeprägt ist.

„Populismus klischeehaft mit ärmeren und weniger gebildeten Schichten zu assoziieren ist nicht nur vereinfachend – es führt auch zu einer gesellschaftlichen Polarisierung“

Diese wachsende Ungleichheit und das Auseinanderdriften von Mittelstand und Unterschicht stellt den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Frage, der sich seit Ende des 2. Weltkrieges dank des Wirtschaftswachstums herausgebildet hat. Damit hat Ungleichheit gleichzeitig das Potenzial die „Wir-gegen-Die“-Rhetorik der Populisten zu befeuern. Einer der Auslöser für populistische Entwicklungen (zumindest in vielen südeuropäischen Ländern) ist die von einigen Ländern getragene einseitige Wirtschafts- und strenge EU-Haushaltspolitik, darunter auch Deutschland unter der Führung von Angela Merkel und Wolfgang Schäuble. Das reflexhafte Beharren auf strenge Sparpolitik, die Verneinung europäischer Solidarität in Krisenzeiten sowie das Ausbleiben substanzieller Wachstumsinitiativen sind Wasser auf die Mühlen populistischer Rhetoriker und tragen mit dazu bei, dass vielerorts die soziale Ungleichheit steigt. Gleichzeitig macht der Erfolg populistischer Parteien in den nördlichen Ländern Europas allerdings auch deutlich, dass dieser Erklärungsansatz an Grenzen stößt: Wirtschaftliche Faktoren allein können die Zunahme von Populismus nicht ausreichend erklären. Weiterer entscheidender Faktor ist der „cultural backlash“, der seit den 1970er in der öffentlichen Debatte progressiven Werten gegenübersteht. Ronald Inglehart und Pippa Norris schreiben dazu: „Unterstützung von Populisten kann als sozial-psychologisches Phänomen

erklärt werden. Diese Entwicklung reflektiert eine nostalgische Reaktion älterer Teile der Wählerschaft, die einen Schutzwall gegen den Wertewandel suchen, gegen die „stille Revolution“, die die westlichen Kulturen während der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts grundlegend verändert hat”.⁵

Dennoch sollte man nicht die ältere Generation für den aktuellen Erfolg der Populisten verantwortlich machen. In Deutschland und Frankreich werden Populisten im hohen Maße gerade auch von jüngeren Altersgruppen unterstützt. Vielmehr gibt es drei gängige Vorurteile im politischen und medialen Diskurs zur populistischen Wählerschaft: Nämlich, dass sie in der Regel männlich, alt und ungebildet sind. Keine dieser drei Dimensionen kann für sich genommen Erklärungsanspruch erheben und der direkte Ländervergleich zeigt, dass bedeutende Unterschiede bestehen. In jedem Falle sollte Populismus jedoch nicht klischeehaft mit ärmeren und weniger gebildeten Schichten assoziiert werden. Dies ist nicht nur vereinfachend, sondern auch stigmatisierend und führt letztlich nur dazu, Teile der Gesellschaft gegeneinander aufzubringen. Diese Entwicklung sollte aus progressiver Sicht vermieden werden.

Teil 1: Populismus in Frankreich, Italien und Deutschland

POPULISMUS IN FRANKREICH

Frankreich kämpft seit Mitte der 1980er Jahre mit dem Erstarken des Rechtspopulismus in Form der Front National. Bereits damals wurde deutlich, dass die Wirtschaftspolitik der sozialistischen Regierung, die eine Wiederherstellung eines breiten gesellschaftlichen Wohlstands zum Ziel hatte, erfolglos geblieben war: Arbeitslosigkeit, schwaches Wirtschaftswachstum sowie die Verlagerung von Industriestandorten schürten Pessimismus und Ohnmachtsgefühl der Bevölkerung und insbesondere der Arbeiterklasse. Davon profitierte der Front National, der fortan vermehrt Zulauf erhielt. Heute wählen in Frankreich nicht nur die sogenannten „Globalisierungsverlierer“ rechte Parteien: Auch viele Angehörige der Mittelschicht fürchten den sozialen Abstieg

und wenden sich häufiger rechten Parteien zu. Mit der als zunehmend ungleich wahrgenommenen französischen Gesellschaft und der Angst vor sinkenden Lebensstandards wächst auch die Unterstützung für die Front National. Dabei sorgt sich die Mittelschicht nicht nur um die eigene Zukunft, sondern auch darum, dass es Kindern und Enkelkindern schlechter gehen könnte als früheren Generationen. Damit beschäftigt das Thema Chancengleichheit auch die wohlhabende Bevölkerung und hilft Populisten, auch dort Zukunftsängste zu schüren.

Gleichzeitig trauen viele Wählern die Front National wirtschaftspolitisch wenig zu. Wie Emmanuel Maron in einer Fernsehdebatte vor der Präsidentschaftswahl erfolgreich darlegen konnte, ist das Wirtschaftsprogramm die Achillesferse der Front National und einer der Punkte, in dem die Rechtspopulisten an Glaubwürdigkeit eingebüßt haben. Die Partei versucht diese programmatische Schwachstelle durch einen Fokus auf kulturelle Themen und insbesondere das Schüren von Angst vor vermeintlich weiteren „Migrationswellen“ und Terroranschlägen zu kompensieren. Damit bewirbt die Parteiideologie gewissermaßen einen kulturellen „Gegenkampf“ gegen die offene Gesellschaft, der sich auch auf einen erneuerten Kulturpessimismus stützt.

Dieser Fähigkeit, wirtschaftliche Not und kulturelle Ängste der Bevölkerung zu dramatisieren und für den eigenen politischen Erfolg zu nutzen, effektiv zu begegnet ist schwer und die etablierten Parteien haben es seit Gründung der Front National nicht geschafft, der stetigen Entwicklung dieser Partei etwas entgegen zu setzen. So wurden im Wesentlichen drei Strategien getestet, die allesamt scheiterten: In den 1980er Jahren versuchte der sozialistische Präsident François Mitterrand die Rechtsextremen zu manipulieren und Wahlerfolge von Jean-Marie Le Pen als Strategie gegen die konservative Rechte einzusetzen. Mitterrand unterschätzte dabei aber das Ausmaß der Erosion klassischer Wählerschichten für linke Parteien (insbesondere die Unterstützung der Arbeiterklasse) und den Wechsel von Protestwählern von extrem-links nach extrem-rechts. Der konservative Präsident Jacques Chirac wiederum entschied sich während seiner Amtszeit für eine andere Strategie: Er lehnte jegliche direkte Diskussion mit dem Front National ab, da er fürchtete, dass ihm eine

5. Inglehart, Ronald F. und Norris, Pippa. 2016. 'Trump, Brexit, and the Rise of Populism: Economic Have-Nots and Cultural Backlash'. HKS Faculty Research Working Paper Series 16-026, S. 1

zu große Nähe und Kompromisswille mit ihren extremistischen Einstellungen vorgeworfen werden könnte. Seine Strategie, Extremisten und ihre Debatten „unter Quarantäne“ zu stellen („Cordon sanitaire“), war jedoch ebenso erfolglos. Vielmehr ermöglichte sie Jean-Marie Le Pen auf diese Weise, sich als politischen Außenseiter und damit als einzigen Kandidaten zu positionieren, der das politische System von außen verändern könne. Le Pen bezichtigte die etablierten Parteien geheimer Seilschaften und sprach damit Wähler weit über die traditionelle rechtsextreme Wählerschaft hinaus an. Nicolas Sarkozy letztlich, der 2007 die französische Präsidentschaftswahl gewann, verfolgte eine dritte Strategie, indem er einzelne programmatische Kernpunkte von Front National aufgriff, etwa Themen wie Innere Sicherheit, Migration, Medienkritik und Strafverfolgung. Mit diesem Ansatz gewann er die Präsidentschaft aber er machte jedoch gleichzeitig rechte bzw. bisweilen rechtspopulistische Positionen salonfähig. Dadurch wurde der Front National ein Stück weit „normalisiert“ und legitimiert. Die Rechtspopulisten forderten sodann auch durchaus erfolgreich die Wähler dazu auf, „das Original“ zu wählen und nicht eine Kopie. Dank Sarkozy waren ihre Kernthemen und auch auf der politischen Agenda angekommen. Letztlich waren also alle drei strategischen Ansätze nicht erfolgreich.

Der Front National wiederum war überaus erfolgreich. Die Partei verfolgt mittlerweile eine selbstverschriebene „Ent-Diabolisierungsstrategie“ (dé-diabolisation), die von Nachfolgerin Marine Le Pen erdacht wurde. Ziel ist es aggressive Rhetorik zu entschärfen und Antisemitismus in der Partei zu kaschieren. Ausländerfeindliche Ressentiments wurden durch eine Denunzierung des Islams und eine Lobpreisung des Prinzips der „laïcité“ ersetzt.

„Die zunehmende Attraktivität des Front National ist auch deswegen bedeutsam, weil sie früheren Annahmen zu Populismus widerspricht“

Dieser Kurs stellt sich gegen den Willen traditioneller Kräfte in der Partei, inklusive der Nichte von Marine Le Pen, Marion Maréchal-Le Pen. Doch er trug dazu bei,

neue Wählergruppen zu erschließen, die Jean-Marie Le Pen zuvor tendenziell ablehnend gegenüberstanden, insbesondere Frauen, Beamte und jüngere Wähler. Die Ausweitung des Wählerspektrums ist auch insofern bemerkenswert, da sie im Widerspruch zu früheren Annahmen über Populismus steht. So galt es stets als gesetzt, dass grundsätzlich nur wenige Frauen populistische Parteien wählen; dem Front National gelang es jedoch, einen bedeutenden Teil der weiblichen Wählerschaft anzusprechen und an sich zu binden. Ebenso widerlegt der Erfolg der Partei die bisherige These, dass Gebildete weniger dazu neigen, Populisten zu wählen. Insbesondere in der wissenschaftlichen Debatte hielt sich die Annahme, dass mit steigendem Bildungsgrad in Bevölkerungen Populisten letztlich immer weniger Wählerstimmen erhalten, wie z.B. jüngst bei der österreichischen Präsidentschaftswahl zu beobachten. Das Beispiel des Front National zeigt jedoch, dass man sich nicht auf eine Gesetzmäßigkeit dieser Art verlassen kann: Denn obwohl jüngere Franzosen im Durchschnitt ein höheres Bildungsniveau aufweisen als die Altersgruppe über 65 Jahren, tendieren mehr junge Menschen dazu den Front National zu wählen als die Bevölkerung über 65.

„Ziel des Front National ist ein nachhaltiger Einfluss auf die Demokratie, z.B. indem durch Regionalwahlen eine neue politische Elite geschaffen wird“

Der Front National hat sich mit dem Versuch, ein möglichst breites Spektrum von Wähler anzusprechen, beinahe zu einer bürgerlichen „Catch-All-Partei“ gewandelt. Ein großer Teil der französischen Bevölkerung fühlt sich vom Angebot des traditionellen französischen Parteiensystems nicht mehr repräsentiert und viele Wähler sind entweder unentschlossen oder der traditionellen Debatten überdrüssig. Sie treffen ihre Entscheidung nicht nur aufgrund wirtschaftlicher Faktoren, sondern berücksichtigen auch zunehmend kulturelle Werte und Traditionen sowie Sorgen um einen Verlust von Identität und Autorität.

Der Kern von Le Pens Parteiprogramm besteht nach wie vor aus der nationalistischen und fremdenfeindlichen Grundüberzeugung, dass das Land durch die EU und die Globalisierung im Kern gefährdet ist. Arbeitsmarktpolitisch empfiehlt die Partei nach wie vor die „priorité nationale“ (im neuen Programm umformuliert in „préférence nationale“), also die Verpflichtung, französische Staatsbürger zu beschäftigen und ausländische Bürger von Sozialleistungen auszuschließen. Le Pen hat eine neoliberale Wirtschaftspolitik der früheren Parteijahre durch die Verteidigung des französischen Sozialmodells und des öffentlichen Dienstes ersetzt. Dadurch spricht sie sich letztlich für eine neue Form des Protektionismus und einem „Frexit“ aus. Den Euro und die EU zu verlassen wäre aber höchst gefährlich für Frankreich. Der Großteil der französischen Wählerschaft steht der EU ebenso positiv gegenüber und hinterfragen diesen Aspekt des Le Pen-Programms. Diese Diskrepanz ist folglich auch eine der Hauptursachen dafür, dass Marine Le Pen die Präsidentschaftswahl im Mai 2017 nicht gewonnen hat. Gegen Ende der Kampagne verlor sie gerade bei wirtschaftspolitischen Themen an Glaubwürdigkeit und durch die Partei zieht sich seither ein Riss zwischen Befürwortern (z.B. Florian Philippot) und Gegnern eines EU-Ausstiegs. Dies zeigt, dass die die vom Front National ausgehende Gefahr trotz der Wahlniederlage keinesfalls gebannt ist und dass die Partei erneut ihre Strategie ändern könnte, um neue Wählergruppen anzusprechen.

Der Front National schickt sich nach wie vor an, eine langfristige Herausforderung für die französische Demokratie zu sein. Trotz der Wahlniederlage wächst die Partei kontinuierlich. Teil der langfristigen Strategie von Front National ist außerdem die Schaffung einer neuen politischen Elite durch Regionalwahlen und von Einflussmöglichkeiten auf die politische Agenda auf lokaler und nationaler Ebene. Die Präsidentschaftswahl hat jedoch auch gezeigt, dass progressive Politik weiterhin mehrheitsfähig sein kann: Die klar pro-europäische Kampagne von Macron konnte gewinnen – mit einem Politikstil, der offen für neue Ideen ist und diese entschlossen vorantreibt, mit neuen Gesichtern und mit neuen Methoden des Engagements.

POPULISMUS IN ITALIEN

In den letzten 25 Jahren ist Italien praktisch zu einem Labor für globalen Populismus geworden. Während traditionelle Parteien zunehmend an Rückhalt verloren, entstanden neue Kräfte, die eine tief verwurzelte Anti-Establishment-Haltung der Bevölkerung ausnutzen. Dies hat zur Etablierung unterschiedlichster Populismusformen geführt: Vom regionalen Populismus der Lega Nord, über den justiziellen Populismus einiger Richter, die eigene Parteien gründen, bis zum plutokratisch-mediengeführten Populismus von Silvio Berlusconi. Einige dieser „Prototypen“ wurden erfolgreich ins Ausland exportiert, wie es etwa bei der Präsidentschaftswahl in den Vereinigten Staaten von Amerika zu beobachten war. Die Biografie des neuen US-amerikanischen Präsidenten weist erstaunliche Parallelen zu Berlusconis Aufstieg vor zwanzig Jahren auf und auch europaweit ist eine wachsende Rolle der Judikativen in Wahlkampagnen zu beobachten.

„Die Kombination zwischen analogen und digitalen Komponenten macht die Anziehungskraft der Fünf-Sterne-Bewegung aus“

In jüngster Zeit hat der Populismus in Italien nun eine Form erhalten, die so bisher in keiner anderen westlichen Demokratie anzutreffen ist. Dies ist der Fünf-Sterne-Bewegung geschuldet, die ihre Anziehungskraft im Wesentlichen der Kombination zweier Komponenten verdankt: einer Analogen und einer Digitalen, die in sich in ihrer politischen Synthese als äußerst effektiv erweist. Die analoge Komponente spiegelt sich in der Person Beppe Grillos wider, einem Standup-Comedian, der sich zu einem Parteiideologen entwickelt hat und seiner Partei mit Ehrgeiz und Leidenschaft beflügelt. Beppe Grillo startete seine Kampagne gegen die politischen und wirtschaftlichen Eliten des Landes vor 15 Jahren. Schnell wurde er zum Sprachrohr für kleine Aktionäre größerer Firmen, für die Geschädigten der argentinischen Tango-Anleihen, sowie für junge Teilzeitarbeiter. Als seine Zustimmungswerte in die Höhe schossen, begann er öffentliche Kundgebungen zu organisieren. Die sogenannten „V-Tage“ (Vaffanculo-Tage – „Fuck you (all)-Tage“) nahmen ihren Anfang in Bologna und fanden später überall im Land statt. Im Jahr

2009 gründete Grillo die „Movimento 5 Stelle“, die nun auch eigene Kandidaten bei Regionalwahlen aufstellte. Ihren bisherigen Höhepunkt erreichte die Partei 2013 mit einem Wahlerfolg von 25,5 Prozent bei den nationalen Parlamentswahlen, die ihr 163 Parlamentsabgeordnete bescherte. 2016 wurde die Bewegung bei Wahlen in Rom und Turin stärkste Kraft und stellt seither mit Virginia Raggi und Chiara Appendino die beiden Bürgermeisterinnen dieser Städte.

Auf den ersten Blick scheint die Fünf-Sterne-Bewegung nur eine weitere populistische Bewegung zu sein, die gegen das Establishment, gegen Europa und gegen Migration wettet – Standpunkte, die in der italienischen Bevölkerung fortwährend an Unterstützung gewinnen. Hinter dieser fast konventionellen Fassade liegt jedoch eine bemerkenswerte digitale Infrastruktur, erstellt durch den Mitbegründer der Bewegung, den Webentwickler Gianroberto Casaleggio (der 2016 verstarb). Die Partei hat weder eine Parteizentrale noch organisiert sie reguläre Parteitreffen, sondern schöpft ihre Identität und ihre Kraft maßgeblich aus ihrer digitalen Plattform. Diese ist nicht nur das einzige Kommunikationsmittel der Partei, sondern auch Quell von Identität für die Mitglieder und ihr einziges organisatorisches Instrument. Im Gegensatz z.B. zu den Piratenparteien in Nordeuropa bedient sich die Fünf-Sterne-Bewegung keiner open-source Infrastruktur, sondern kanalisiert sämtliche Kommunikation über eine digitale Plattform, die von einem einzelnen Privatunternehmen betrieben wird.

Casaleggio erkannte früh, dass das Internet die politische Welt für immer verändern würde. Er antizipierte insbesondere die neu entstehenden Potentiale für politische Bewegungen, die allein von Wählerpräferenzen bestimmt sind. Casaleggio erkannte jedoch auch die Grenzen der digitalen Mobilisierung, dass eine allein digitale Bewegung auf Menschen zu unpersönlich und distanziert wirken würde. Aus diesem Grund investierte er im großen Stil in Beppe Grillo als „analoge“ Identifikationsfigur. Die Stärke und das Durchhaltevermögen der „Movimento 5 Stelle“ schöpft sich somit aus der Kombination der beiden Elemente: Dem traditionellen, analogen Populismus, verknüpft mit einer mächtigen Digitalarchitektur.

Das größte Disruptionsvermögen, das von der Fünf-Sterne-Bewegung ausgeht, hat deshalb auch seinen Ursprung im besonderen Aufbau der Bewegung: Wie andere populistische Bewegungen hat 5 Stelle den Anspruch, nicht einen Teil der Bevölkerung, sondern das Volk in seiner Gesamtheit zu repräsentieren. Die Bewegung geht aber einen Schritt weiter als viele andere populistische Bewegungen und fordert eine Überholung des gesamten demokratischen Prozesses. Die Gründer sehen ihre Partei also nicht einfach als ein weiteres politisches Angebot an Bürger, sondern als ein Vehikel dafür, Italien eine neue politische Ordnung zu geben. Ziel ist eine Form direkter Demokratie, in der es keine Vertreter des Volkes gibt da das Volk mittels kontinuierlicher Online-Befragungen alle Entscheidungen selbst trifft.

Hinzu kommt, dass die Fünf-Sterne-Bewegung nicht der Logik traditioneller Bewegungen folgt, sondern eher funktioniert wie ein Suchmaschinen-Algorithmus: Die Bewegung hat keine grundlegende politische Idee, Ideologie, oder eine konkrete politische Agenda. Vielmehr identifiziert sie Themen und politische Positionierung, die aktuell große Popularität innerhalb der Bevölkerung genießen. Rückt beispielsweise das Thema Migration in den Mittelpunkt des öffentlichen Diskurses, so besetzt Grillo die Positionen, die zum jeweiligen Zeitpunkt die stärkste Unterstützung innerhalb der Wählerschaft haben. Im Fall von Migration ist dies z.B. derzeit eine nationalistische und latent xenophobische Haltung. Wandelt sich die Mehrheitsmeinung der Gesellschaft bezüglich eines Themas, so passt die Fünf-Sterne-Bewegung ihre Position daran entsprechend an. Eine derartige Neuausrichtung fand bereits mehrfach statt.

„Die Fünf-Sterne-Bewegung ist ein politisches Pendant zu Suchmaschinen: Sie sammelt User-Meinungen und gibt ihnen exakt die politische Antwort, die sie hören möchten“

Die Fünf-Sterne-Bewegung ist so gewissermaßen ein politisches Pendant zu Google: Sie sammelt die „User-Meinungen“ und gibt Menschen exakt die politischen

Antworten, die sie hören möchten. Aus diesem Grund ist sie eine durchaus komplexere Herausforderung für andere politische Akteure als herkömmliche populistische Bewegungen. Obwohl die „Movimento 5 Stelle“ – ähnlich wie andere Populisten – aus politischer Unzufriedenheit und Entfremdung Kapital schlägt, geschieht es hier in einer neuartigen, ans digitale Zeitalter angepassten Form.

POPULISMUS IN DEUTSCHLAND

Im Gegensatz zu Frankreich und Italien hat es in Deutschland seit Ende des Zweiten Weltkrieges bis in die jüngere Gegenwart hinein keine populistische Partei geschafft, nennenswerte Wahlerfolge zu erzielen. Grenzfälle sind die „Die Republikaner“, die STATT-Partei sowie die Schill-Partei, die in den späten 1980er Jahren bzw. 1990er und 2000er Jahren vereinzelt Erfolge feierten. Daneben besteht in einigen Regionen Deutschlands eine zwar niedrige, aber konstante und tief verwurzelte Unterstützung für rechtsextreme Parteien wie die NPD (Nationaldemokratische Partei Deutschland) oder die DVU (Deutsche Volksunion).

Diese deutsche Sondersituation Populismus endete mit dem Aufkommen der Alternative für Deutschland (AfD) im Rahmen der europäischen Wirtschafts- und Finanzkrise. Wirtschaftsprofessor Bernd Lucke gründete die AfD 2013 als monothematische Partei, die sich primär euroskeptisch gegen Angela Merkels Kurs positionierte. Der Einzug in den Bundestag 2013 misslang, allerdings denkbar knapp. Nach anfänglichen Erfolgen auf Kommunal-, Länder- und Europaebene, verlor die AfD mit dem (medialen) Rückgang der Eurokrise zunächst an Popularität. Innerhalb der Partei entstand ein Konflikt um die Frage, ob und wie sich die Partei künftig auch zu gesellschaftspolitischen Themen wie Migration positionieren sollte. Resultat der internen Auseinandersetzungen war 2015 u.a. der Ausschluss von Parteigründer Lucke und anderen Befürwortern eines originär wirtschaftspolitischen Fokus'. Spätestens seit der „Flüchtlingskrise“ im Spätsommer 2015 bedient sich die AfD vermehrt nationalistisch-fremdenfeindlicher Rhetorik und gewann so bis heute weiter an Zustimmung. In aktuellen Umfragen liegt die AfD zwischen sechs und zwölf Prozent und damit auf Augenhöhe mit den etablierten kleineren deutschen Parteien Bündnis90/Die Grünen, Linkspartei und FDP. Bei Landtagswahlen in den neuen Bundesländern

erzielte die AfD noch deutlich größere Erfolge – in Sachsen-Anhalt erhielt sie etwa 24 Prozent der gültigen Stimmen.

Ein gängiger Erklärungsansatz für den Erfolg der AfD betont, dass es in Deutschland bereits seit langem ein erhebliches Wählerpotential für eine Partei rechts der CDU/CSU gibt, dem es bis dato jedoch schlicht an einem politischen Angebot gemangelt hat. Die Tatsache, dass die CDU sich unter Führung von Merkel schrittweise sozialdemokratischen Positionen angenähert hat, erleichtert demnach die ideologische Positionierung der AfD im rechten Parteienspektrum.

„Während die französischen Rechtsextremen sich zumindest vordergründig von antisemitischer Rhetorik distanzieren, ist die AfD in ihrer strategischen und rhetorischen Neuausrichtung stark nach rechts gerückt“

Eine weitere Richtungsentscheidung steht dabei unmittelbar bevor: Innerhalb der AfD findet derzeit ein erneuter Konflikt zwischen Vertretern eines radikal-nationalistischen Ansatzes und Anhängern eines vergleichsweise moderaten Kurses statt. Letztere erhoffen sich zumindest perspektivisch die Chance auf eine Regierungsbeteiligung. Während der moderate Flügel um Frauke Petry beim Parteitag im April 2017 eine empfindliche Niederlage hinnehmen musste, blieb Hardliner Alexander Gauland im Amt und wurde neben Alice Weidel als Spitzenkandidat für die Bundestagswahl aufgestellt. Ob das Auseinanderdriften der beiden Parteiflügel der Popularität der AfD schadet, kann derzeit noch nicht beurteilt werden. Die Entwicklung der AfD verläuft zumindest momentan gegensätzlich zu der des Front National: Während die französischen Rechtsextremen sich zumindest vordergründig von antisemitischer Rhetorik distanzieren haben, ist die AfD in ihrer strategischen Neuausrichtung stark nach rechts gerückt.

Die AfD hat bisher auf zwei Arten signifikante Wirkung entfaltet. Zum einen ist es der Partei gelungen, die politische Landschaft in Deutschland nach rechts zu verschieben. Insbesondere die Unionsparteien wurden unter Druck gesetzt, ihre politischen Positionierungen in

gesellschaftspolitischen Fragen und insbesondere in der Flüchtlingsfrage zu überdenken, um traditionelle konservative Wählergruppen nicht zu verprellen. Gleichzeitig hat die SPD damit begonnen, sich stärker als bisher von ihrem Koalitionspartner abzugrenzen. Eine größere inhaltliche Abgrenzung zwischen den beiden großen Volksparteien ist eine positive Entwicklung, da ihre Unterschiede auch unterschiedliche Wählerpräferenzen besser abbilden. Gleichzeitig muss festgestellt werden, dass die AfD sehr erfolgreich war, die politische Agenda in ihrem Sinne zu gestalten. Migration und Innere Sicherheit sind auch 2017 unter den meist diskutiertesten Themen in der deutschen Öffentlichkeit.

„Die zunehmende inhaltliche Abgrenzung zwischen SPD und CDU kann als positive Konsequenz des Erfolges der AfD bewertet werden“

Die Aussichten auf eine Regierungsbeteiligung der AfD auf Landes- oder Bundesebene sind derzeit gering. Zum einen existiert auch in Deutschland eine Art „cordon sanitaire“. Zum einen ist bisher keine etablierte Partei bereit eine Koalition mit der AfD einzugehen. Zum anderen vermittelt die AfD selbst den Eindruck, sich auf die Rolle eines „Korrektivs von außen“ und als Partei der Fundamentalopposition beschränken zu wollen. Zusätzlich zeigt sich in der Praxis, dass diejenigen AfD-Politiker, die in Landtagsparlamente einziehen, keine politische Erfahrung mitbringen und die AfD in der Folge kaum professionelle Parlamentsarbeit vorzuweisen hat.

Festzuhalten ist, dass die AfD in einigen Regionen Deutschlands zu einer der populärsten Parteien geworden ist und mit Wahlergebnissen von über zwanzig Prozent in ihren Hochburgen rechnen kann. Die Vertretung der AfD in mittlerweile elf Landtagen spricht auch eine deutliche Sprache. Der zukünftige Erfolg der AfD und ihre Entwicklung wird dabei stark von der Entwicklung ihres Hauptkatalysators – der Migrationskrise in Deutschland – abhängen.

Teil 2: Politische Strategien gegen Populismus

Die womöglich größte Herausforderung in der effektiven Bekämpfung des Populismus liegt in der allgemeinen Wahrnehmung von progressiven Bewegungen als bloße Verteidiger des Status Quo. Leider ist diese Wahrnehmung nicht selten zutreffend. Angesichts der Vielzahl an Angriffen auf die liberale Demokratie sind progressive Kräfte häufig damit beschäftigt – aber bisweilen auch zufrieden in dieser Rolle – demokratische und liberalen Errungenschaften zu verteidigen. Parteiübergreifend hält sich zudem eine tiefgreifende Überzeugung, dass umfassender, positiver Wandel fast nicht mehr möglich ist. Was Progressive daher benötigen ist mehr demokratischer Enthusiasmus der flankiert wird von einem positiven, überzeugungsfähigen Narrativ des politischen Wandels hin zum Guten.

Dabei können Progressive und Demokraten durchaus von Populisten und ihren Erfolgen lernen. Donald Trump, Viktor Orbán, Nigel Farage, Marine Le Pen und Jarosław Kaczyński glauben an ihre Fähigkeit, Politik effektiv zu gestalten und grundlegende Veränderungen herbeizuführen. Ihr Größenwahn, in Kombination mit ihren extremistischen Ansichten, ist selbstverständlich äußerst gefährlich. Zugleich wohnt dem jedoch auch eine enorme Antriebsenergie für die Gestaltung eines politischen Wandels inne. Progressive brauchen ebenfalls mehr überzeugte Akteure, Menschen, die ihre Ansichten verteidigen, es wagen, sich selbst zu befähigen und ein Bild einer positiven Zukunft zeichnen, das Optimismus und Idealismus ausstrahlt. Gesellschaften lassen sich nicht aus einer Position der Verteidigung heraus erneuern. Progressive müssen mehr an ihre eigene Fähigkeit für Veränderung glauben. Dafür brauchen sie zunächst eine neue Mentalität in der sie sich auf ihre Stärken besinnen. Außerdem müssen Progressive wieder mehr Begeisterung für die politische Debatte entwickeln, für Diskussionen rund um die Frage was gut für unsere Gesellschaft ist und wie positive Veränderungen aussehen sollen. Die wichtigste Aufgabe ist es, Zukunftsentwürfe zu erarbeiten und diese mit klaren politischen Vorschlägen zu untermauern. Im Folgenden stellen wir sechs konkrete Maßnahmen vor, um dieses Ziel zu erreichen.

WIE POPULISMUS BEGEGNET WERDEN KANN

1. Ein neues politisches Narrativ entwickeln

In vielerlei Hinsicht haben Populisten ihr Ziel erreicht, indem sie den öffentlichen Diskurs dominieren und zumindest teilweise die politische Agenda mitbestimmen. Dies wurde insbesondere während der Flüchtlingskrise deutlich. Es ist nun an den Progressiven, ein Gegenarrativ zu entwickeln, das demokratische Politik positiv besetzt. Die Zukunft unserer Demokratien und Europas sollte weder den Populisten noch den Technokraten überlassen werden.

Ein progressives Narrativ muss vor allem die Grundwerte der Offenheit und des Pluralismus, sowie des sozialen Ausgleichs bei gleichzeitiger wirtschaftlicher Wettbewerbsfähigkeit und supranationaler Kooperation aufrechterhalten. Unseren heutigen Wohlstand verdanken wir überwiegend diesen Faktoren. In einer komplexen Welt existieren kaum noch Situationen, in denen simplifizierende Lösungen zum Ziel führen. Sich rückschrittlichen und nationalistischen Konzepten zuzuwenden ist ebenfalls keine Option. **Progressive müssen deutlich machen, dass Globalisierung in Verbindung mit fairer Verteilung und adäquater Regulierung eine Möglichkeit sein kann Wohlstand zu erzeugen – anstatt ausschließlich als Bedrohung gesehen zu werden.** Anstatt Selbstzweifeln braucht es Selbstbewusstsein hinsichtlich erzielter Erfolge und eine positive, zukunftsgerichtete Ausrichtung.

2. Nachhaltiges Wachstum und soziale Gerechtigkeit fördern

Die sozioökonomische Situation spielt in den meisten Teilen Europas eine große Rolle für den Aufstieg populistischer Bewegungen. Insbesondere in Südeuropa mussten Menschen aufgrund von Sparmaßnahmen auf Vieles verzichten. Kürzungen bei Sozialleistungen, im Gesundheits- und im Bildungswesen, sowie im öffentlichen Dienst haben ein Ausmaß angenommen, dass Familien ein Großteil ihres Einkommens verloren, während sie gleichzeitig höhere Steuern zahlen mussten. Diese negativen Konsequenzen strenger Sparpolitik und die damit einhergehende Notlage viele Bürger wurde in vielen Ländern, z.B. in Deutschland, allzu oft als eine „notwendige Hausaufgabe“ verstanden. Strukturelle Reformen waren in vielen Ländern zweifellos

notwendig und sind es größtenteils immer noch. Sparmaßnahmen, umfassende Privatisierung und Kürzungen im Sozialbereich zu fordern ohne zugleich eine Wachstumsstrategie vorzuweisen, ist jedoch die falsche Herangehensweise, sowohl aus wirtschaftlichen als auch aus sozialen Gesichtspunkten. Progressive benötigen europäische Ansätze, die im Kontext des 21. Jahrhunderts die soziale Frage mit makroökonomischen Entwicklungen verknüpfen. **Progressive sollten Ansätze artikulieren, die über den Ausbau des Wohlfahrtsstaates hinausgehen und innovative Ideen zu qualitativem Wachstum, sozialer Gerechtigkeit und nachhaltiger Wirtschaft beinhalten.** In Verbindung mit dem Bekenntnis zur europäischen Solidarität haben diese Ansätze das Potential, eine solide und nachhaltige Grundlage für die Entfaltung und Entwicklung unserer demokratischen Gesellschaften zu schaffen.

3. Kulturelle und identitätsstiftende Faktoren ernst nehmen

Der Aufstieg des Populismus kann nicht nur anhand sozioökonomischer Faktoren erklärt werden. Das Phänomen ist auch das Ergebnis eines „cultural backlash“. Um Wähler zurückzugewinnen, müssen Progressive und Demokraten sowohl kulturelle als auch identitätsstiftende Aspekte ernst nehmen und Narrative anbieten, die mit liberal-demokratischen Werten kompatibel sind. In westeuropäischen Ländern schrecken demokratische Politiker häufig davor zurück, sich einer entsprechenden Rhetorik zu bedienen. **Um die Wählerschaft an das politische System, sowie an dessen Parteien und Akteure zu binden, ist eine politische Rhetorik notwendig, die die Idee einer Zusammengehörigkeit hervorhebt. Diese Zusammengehörigkeit soll jedoch nicht auf ethnischen oder nationalen, sondern vielmehr schmalen kulturellen und politischen Grundlagen beruhen.** Beispielsweise sollten sowohl Politiker als auch Medien viel stärker die Idee eines europäischen Verfassungspatriotismus fordern (Habermas). Dieses Konzept erscheint insbesondere angesichts der aktuellen Flüchtlingskrise geeignet: Eine pluralistische und aufgeschlossene Interpretation von Patriotismus, die Integration ermöglicht, ist aktuell notwendiger denn je. Anschließend an einen Vorschlag Lochockis könnte so öfter hervorgehoben werden, dass europäische Integration ein wichtiger Bestandteil des nationalen Interesses sein kann, da auch sie nationale Werte

schützt.⁶ Diese Vorschläge nehmen identitätsstiftende Faktoren ernst und wirken dennoch populistischen und nationalistischen Argumenten effektiv entgegen.

4. Mit Bedacht emotionaler kommunizieren

Es ist ein Irrweg, Bürger als Homo Oeconomicus zu betrachten, die rationale, faktenbasierte Entscheidungen treffen. Emotionen sind konstituierend für das menschliche Wesen; Gefühle sind auch ausschlaggebend in der Politik. Diese einfache Tatsache wird jedoch oft vergessen. Dabei ist nicht nur für einzelne Parteien, sondern für das politische Gemeinwesen in seiner Gesamtheit schädlich, wenn politische Akteure als kalte, emotionslose Technokraten wahrgenommen werden.

Emotionale Elemente sollten daher Kernelement einer jeglichen politischen Kommunikationsstrategie ein. Politische Akteure sollten nahbar dargestellt werden. Dabei ist dies weniger ein PR-Kniff, sondern vielmehr ein notwendiges Vorgehen um medial vermittelte Vorstellungen mit den tatsächlichen Realitäten in Einklang zu bringen. **Prinzipiell kann sich das menschliche Gedächtnis an Gesichter besser erinnern als an abstrakte Konzepte. Aus diesem Grund stellt die Emotionalisierung und Personalisierung der Politik ein Schlüsselement dar, um die Herzen und Gedanken von Bürger für sich zu gewinnen.** Keinesfalls sollte dies jedoch zu einer „Überemotionalisierung“ führen, die zu falschen Ansprüchen und falschen Versprechen verleitet. Faktenbasierte Argumente sollten nach wie vor die Grundlage für eine erfolgreiche und glaubwürdige Politik sein. Eine stichhaltige Argumentation muss jedoch mit der Persönlichkeit des authentischen und nahbaren politischen Akteurs kombiniert werden.

5. Alltagsnaher und charismatischer werden

Die Verwendung einer kontextspezifischen Sprache spielt eine entscheidende Rolle in der politischen Kommunikation. Bürger haben sich auch aufgrund einer zu komplexen Sprache von Politikern abgewendet. Inhaltsleere Phrasen kommen beim den Menschen schlecht an und führen zu einem gewissen Widerwillen, Politikern überhaupt zuzuhören. Das Vertrauen in den politischen Diskurs kann wiederhergestellt werden, **indem diese „Sprachbarriere“ durchbrochen wird. Politische Akteure sollten politische Inhalte auf einfache und verständliche Art kommunizieren, so dass die Wähler**

dem Entscheidungsprozess folgen können. Das bedeutet nicht, dass Politiker sich eines populistischen Vokabulars oder einer unpräzisen und inhaltsleeren Kommunikation bedienen sollen. Progressive sollten offen Ängste ansprechen und zugleich fremdenfeindliche und rassistische Positionen ablehnen. Sie sollten die Wähler dabei unterstützen, politische Prozesse und die tatsächlichen Gründe für Entscheidungen nachvollziehen zu können. Mit anderen Worten: Komplexe Botschaften sollen in einfacher Sprache vermittelt werden. Ferner fehlt es den Mitte-Links-Bewegungen an charismatischen Führungspersönlichkeiten. Progressive benötigen Politiker, die Menschen mobilisieren und inspirieren können und eine positive Grundhaltung gegenüber der liberalen Demokratie und Europa formulieren. Politiker wie Emmanuel Macron, Matteo Renzi und Martin Schulz geben den europäischen Progressiven in dieser Hinsicht neue Hoffnung.

6. Eine lebhaftere Demokratie fördern

Der populistische Aufschwung wird in naher Zukunft sicherlich nicht an Kraft verlieren. Progressive sollten daher mittel- und langfristigen Strategien entwickeln, die den wachsenden Einfluss der Populisten eindämmen. Als wenig sinnvoll haben sich institutionelle Reformen gezeigt, die den Zweck haben Populisten zu bekämpfen (etwa Reformen des Wahlgesetzes oder Veränderungen des politischen Systems, um sie aus dem politischen Prozess auszuschließen). Solche Maßnahmen spielen den Populisten in die Karten und bieten ihnen eine weitere Gelegenheit, dem politischen Establishment Korruption und geheime Absprachen zu unterstellen.

Ein vielversprechendes Vorhaben hingegen sind institutionelle Reformen, die die Demokratie als solche lebendiger, anpassungsfähiger und inklusiver gestalten. Darüber hinaus sollten politische Akteure in einer Demokratie stärker für ihr Handeln zur Rechenschaft gezogen werden: Korruptionsskandale haben dem Image vieler nationaler Parlamente in Europa geschadet. Die Vorbildfunktion politischer Vertreter ist auch im Kampf gegen Populismus wichtig. **Einfache Maßnahmen könnten sich positive auf die Wahrnehmung politischer Vertreter auswirken, wie beispielsweise Regelungen gegen Ämterhäufungen, mehr Transparenz, eine größere Rechenschaftspflicht im legislativen Prozess und mehr Gleichberechtigung. Zudem sollten**

6. Lochocki, Timo. 2014. 'The Unstoppable Far Right?', Europe Policy Paper 4, S. 1.

die politischen Parteien offener für neue Mitglieder sein, Möglichkeiten zu einer zeitlich begrenzten Mitarbeit in der Partei anbieten und inklusive Verfahren der Partizipation einführen. Demokratien benötigen neue, innovative Methoden, um Partizipation stärker zu fördern. Demokratische Innovationen wie deliberative „mini-publics“, eine größere Beteiligung bei Stadtplanungsverfahren oder Mitbestimmungsrechte bei der Haushaltsplanung sollten eingeführt werden. Der Fokus sollte stärker auf die Förderung von nachhaltiger Partizipation der Bevölkerung liegen, ohne die demokratische Gleichheit und die Repräsentativität einzelner gesellschaftlicher Gruppen zu gefährden.

7. Voneinander lernen

Demokraten in Europa sehen sich in den meisten Fällen mit den gleichen Herausforderungen konfrontiert: Populismus und politische Entfremdung. Trotzdem ist ein transnationaler Austausch und ein gegenseitiges Voneinander-Lernen, insbesondere unter nationalen Abgeordneten, noch die Ausnahme. Um dies zu verbessern sollten Demokraten und Progressive aus ganz Europa ihre Bemühungen intensivieren, über nationale Grenzen hinweg Erfahrungen auszutauschen. Zudem könnten sich länderübergreifende Koalitionen bilden, die gemeinsame Strategien zur Bekämpfung von Populismus erarbeiten. Dies ist besonders angesichts einer schon längst stattfindenden, transnationalen Vernetzung populistischer Bewegungen wichtig. Entsprechend sollten sie mit den gleichen Mitteln bekämpft werden, die Populisten bereits nutzen.

8. Die Balance zwischen Ausschluss und Konfrontation finden

Der Modus Operandi von Populisten beinhaltet kalkulierte Provokationen, um eine weite Verbreitung ihrer Aussagen in der Öffentlichkeit zu erzielen. Gesagt wird was an die Grenzen der gesellschaftlichen Akzeptanz stößt. Meistens wird nach solchen Aussagen und der damit einhergehenden, öffentlichen Empörung zwar zurückgerudert. Der Widerruf erhält jedoch erfahrungsgemäß weit weniger Aufmerksamkeit als die erste polarisierende Aussage. Auf jede einzelne Provokation zu reagieren ist deshalb keine empfehlenswerte Strategie: Dadurch wird populistischen Statements nur unverdiente Beachtung geschenkt und dies hilft bei der Verbreitung der populistischen Botschaften. Allzu

oft dominieren Populisten den gesellschaftlichen und medialen Diskurs in einem Ausmaß, das meistens in keinem Verhältnis zu den Wahlergebnissen und ihrer tatsächlichen politischen Macht steht. Medien spielen den Populisten in die Hände, indem sie deren Aussagen, die einzig und allein auf öffentliche Aufmerksamkeit abzielen, verbreiten. **Eine größere Zurückhaltung im Umgang mit Populisten ist deshalb insbesondere von Seiten der Medien notwendig.** Aber: Populisten vollkommen zu ignorieren birgt ebenfalls Risiken. Eine übermäßige Marginalisierung betont die von Populisten genutzte Opferrolle und trägt unnötig dazu bei, sie als heroische Einzelkämpfer gegen die bestehenden Eliten darzustellen. Stattdessen sollte man bemüht sein, populistische Ideen vermehrt aufzugreifen und Fehler in ihrer Argumentation hervorzuheben. Der „Plausibilitätscheck“ populistischer Behauptungen ist eine mühsame aber wichtige Strategie, um Populisten in der Öffentlichkeit zu bekämpfen.⁷ Medien sollten stärker dazu ermutigt werden, sich dieser wichtigen Aufgabe zu widmen. Dennoch ist eine bessere Auseinandersetzung mit populistischen Inhalten keine Alternative zu einer konsistenten und prinzipiengeleiteten Argumentation von Demokraten und Progressiven. Auch wenn einige Wähler populistischer Parteien zu rationalen Argumentationen zunächst nicht bereit scheinen, sollte man den Dialog mit ihnen nicht aufgeben. Dies würde Empfindungen einer arroganten politischen „Klasse“ bestärken und populistische Vorurteile bestätigen.

WIE MAN POPULISMUS NICHT BEGEGNEN SOLLTE

1. Keine Moralisation

Populisten setzen alles daran, ihre politischen Gegner zu delegitimieren. Politische Debatten mit ihnen sind insbesondere deshalb ein eminent schwieriges Unterfangen. Lange wurde versucht Populisten de facto aus dem politischen Diskurs auszuschließen, weil ihre Meinungen moralisch verwerflich sind. Schritte dieser Art sind jedoch nur zu rechtfertigen, wenn Personen offen diskriminierende oder gar verfassungsfeindliche Meinungen vortragen. Die Stigmatisierung von Menschen in Verbindung mit sozialer Klasse, Geschlecht und Alter sollte auf jeden Fall vermieden werden. Demokraten müssen von ihrem hohen moralischen Ross heruntersteigen und zu Debatten bereit sein. Es ist zum Beispiel

7. Siehe auch das Projekt „TruLies – The Truth about Lies on Europe“ in diesen Zusammenhang: www.trulies-europe.de

legitim kritische Fragen über Europa zu stellen und EU-Kritik sollte in einem liberaldemokratischen Gemeinwesen nicht als per se populistisch tituliert werden. Sollten populistische Akteure tatsächlich zu verfassungsfeindlicher Rhetorik übergehen, bleibt liberalen Demokratien immer noch Möglichkeiten, substantielle Maßnahmen zum Schutz der Verfassung zu ergreifen, – Stichwort „democrazia protetta“ in Italien oder „wehrhafte Demokratie“ in Deutschland.

Stattdessen sollten demokratische Akteure alles daransetzen, ihren Einfluss auf politische Diskurse und Agenda-Setting zurückzugewinnen. Dabei ist es aussichtsreicher, das Programm populistischer Parteien zu hinterfragen, indem man die konkreten Auswirkungen ihrer Vorschläge aufzeichnet, anstatt eine abstrakte Wertediskussion zu diskutieren. Eignen tun sich hierfür vor allem Themen, die nicht ganz oben auf der populistischen Agenda stehen: Rechtspopulisten konzentrieren sich hauptsächlich auf Fragen der Migration, Sicherheit und Identität und vernachlässigen sozio-ökonomische Themen. So könnte man beispielsweise die Folgen einer tatsächlichen Umsetzung der wirtschaftspolitischen Vorstellungen des Front National hervorheben: Inflation, Kapitalflucht, einen Verlust an Wettbewerbsfähigkeit und einen dramatischen Rückgang an Investitionen. Damit einhergehend würde sich die Situation der unteren Mittelschicht grundlegend verschlechtern. Populisten verfolgen meist kurzfristige Strategien und zeigen weder Interesse an Globalisierungsverlierern noch offerieren sie echte Antworten zu legitimen sozialen Belangen. Während Progressive ihre Programmatik verteidigen und greifbare ökonomische Lösungen liefern müssen, werden ökonomische Vorschläge von Populisten oft nicht hinterfragt.

2. Nicht Populismus mit Populismus entgegenwirken

Die negative Konnotation, die Populismus in Europa auch aufgrund seiner Geschichte im 20. Jahrhundert trägt, ist nicht universell. Der südamerikanische Peronismus etwa macht von einem starken Volksbegriff mit anderen politischen Implikationen Gebrauch. Vor diesem Hintergrund sind einige Politikwissenschaftler der Ansicht, dass dem Populismus durchaus ein positives Potenzial innewohnt, um Sorgen von Wählern aufzugreifen. Ihnen zufolge gelingt es Populisten – im Gegensatz zu etablierten Parteien – die Themen

anzusprechen, die die Bevölkerung tatsächlich bewegen. Ein linker Populismus wäre demnach die beste Antwort auf den rechten Populismus.⁸

Die Erwartung an einen wirkmächtigen „Linkspopulismus“ in diesem Sinne ist, dass sich dieser nicht von der nationalistischen, fremdenfeindlichen und autoritären Rhetorik rechter Parteien vereinnahmen lassen würde. Im linkspopulistischen Verständnis ist vielmehr die Demokratie durch die Vorherrschaft etablierter Parteien geschwächt. Das Auftreten eines politischen Newcomers als Kraft außerhalb des bestehenden Systems würde demnach das Monopol etablierter Parteien durchbrechen. Die Erwartung ist, dass durch eine eindeutige Links-Rechts-Differenzierung in der Folge politische Programme wieder an Glaubwürdigkeit gewinnen. In diesem Ansatz des Linkspopulismus als wirksame Gegenstrategie liegt eine anachronistisch-nostalgische Vision der Kraft von politischer Konfrontation, die an Ideen des Kronjuristen des Dritten Reichs, Carl Schmitts, erinnern.

Mit diesem Ansatz und im Glauben an die Wirkmächtigkeit eines „Gegenpopulismus“ unterschätzen Fürsprecher des Linkspopulismus jedoch das Potential von Populisten, Debatten zu vermischen, politisches Agenda-Setting zu betreiben und die Institutionen der liberalen Demokratie zu entwerten. Eine solche Strategie sollte kein Ansatz für pluralistische Gesellschaften sein, in denen es vielmehr nötig ist neue politische und soziale Koalitionen zu schmieden. Populisten schließen keine Koalitionen, sondern bedienen vielmehr einer mythischen Größe des „Volkes“. Handlungsansätze gegen ihre Politik sollten darauf fokussieren, wie Progressive eine neue, stabile Koalition um die Mittelschicht errichten können.

3. Keine Nachahmung von Populisten

Manche Maßnahmen gegen Populisten erscheinen auf den ersten Blick plausibel, sind jedoch mit großer Vorsicht zu genießen. Zum einen betrifft dies den naheliegenden Versuch, Populisten zu imitieren. Die Übernahme populistischer Vorschläge und Rhetorik durch demokratische Parteien ebnet den Argumenten der Populisten den Weg in den etablierten politischen Diskurs. Zudem ist es fraglich, ob solch eine Strategie nachhaltig Früchte tragen kann, da die Wähler im Zweifelsfall

8. Mouffe, Chantal. 2005. On the Political. New York.

immer „das Original“ bevorzugen. Auch die Integration von Populisten in Regierungskoalitionen mit dem Ziel ihrer „Entzauberung“ durch Diskrepanzen zwischen populistischer Programmatik und Realpolitik hat schädliche Auswirkungen: Machterhalt führt nicht zwingend zu einem moderaten Politikstil. Vielmehr kann die Aufnahme von Populisten in Regierungsverantwortung dazu führen, dass sich Polarisierung und Schärfe der Diskurse durch die Präsenz auf der politischen Bühne noch verstärken. Dadurch werden populistische Rhetorik und Ansichten legitimiert und Populisten erhalten unmittelbaren Einfluss auf Regierungspolitik.

Fazit

Dieser Abriss zum Populismus in drei zentralen EU-Mitgliedsstaaten, in denen allesamt im Jahr 2017 gewählt wird oder bereits gewählt wurde, zeigt zum einen, dass populistische Bewegungen länderspezifischen Dynamiken und Faktoren unterliegen: In Frankreich knüpfen Populisten an vorhandene anti-establishment und antieuropäische Ressentiments an. Dort wird der Front National seit den achtziger Jahren mit unterschiedlichen Strategien vehement (und bislang leider recht erfolglos) bekämpft; in Italien gibt es eine Tradition an populistischen Bewegungen; und in Deutschland befindet man sich mit dem Aufkommen der AfD auf rechtspopulistischem Neuland. Zum anderen haben die drei Beispielländer aber auch unverkennbar strukturelle Gemeinsamkeiten. So ist ihnen gemein, dass eine ganz wesentliche Ursache des Populismus im Vertrauensverlust in die bestehende Parteipolitik liegt. Populisten haben es geschafft, die Wählerschaft zu mobilisieren und so Druck auf traditionelle Parteien und ihre politischen Programme aufzubauen.

Die europäischen Populisten sind derzeit beflügelt und hoffen, dass nun auch auf dieser Seite des Atlantiks ihre Zeit gekommen ist. Populistische Erfolge und das wachsende Misstrauen in Politik und Politiker sind zwei eng verzahnte Entwicklungen, die beide gleichermaßen angegangen werden müssen. So lautet die dringlichste Frage: Mit welchen politischen und kommunikativen Maßnahmen lassen sich Herz und Hirn von Bürger erreichen?

Insbesondere Progressive sind nun gefragt, klare Haltung zu zeigen und mit Nachdruck eine Gegenbewegung in Gang zu setzen. Die Bekämpfung sozialer Ungerechtigkeit und das Umsetzen sozialpolitischer Maßnahmen sollte dabei im langfristigen Kampf gegen den Populismus ein Kernelement sein. Ergänzt werden muss dies jedoch durch präzise Antworten auf den „cultural backlash“ sowie geeignete Kommunikationsstrategien, die bewusst emotionale Botschaften senden.

Progressive sollten sich außerdem bewusstmachen, dass nicht nur die Populisten Schuld an den jüngsten politischen Krisen sind. Demokratische Akteure in ganz Europa zeigen sich politisch uninspiriert; Mitte-Links-Parteien fehlt es an charismatischen Führungspersönlichkeiten und an gestalterischen Zukunftsideen. Aus diesem Grund sollten Progressive sich auf ihre Stärken konzentrieren und eine neue positive Haltung entwickeln. Dafür ist auch eine neue inspirierende Erzählung notwendig, die die Potenziale für gesellschaftliche Erneuerung aufzeigt.

Zusammengefasst sollten Progressive ein neues politisches Narrativ entwickeln, klare Sprache verwenden, mit Wählern auf einer persönlicheren Ebene zusammenkommen, Verfassungspatriotismus und demokratische Innovationen fördern, politische Repräsentation erneuern und sich dafür einsetzen, dass Populisten weniger mediale Aufmerksamkeit erhalten.

Ein elementarer Schritt auf diesem Weg ist das Vortreiben eines länderübergreifenden gesellschaftlichen Austauschs und einer neuen Kultur des gegenseitigen Lernens zwischen demokratischen und progressiven Akteuren in ganz Europa.

Die Autoren



Marc-Olivier Padis ist Reseach Director und Mitgründer des französischen Thinktanks *Terra Nova*. Er ist verantwortlich für das inhaltliche Programm von *Terra Nova* sowie dessen europäische und internationale Beziehungen.

Terra Nova ist ein unabhängiger, zivilgesellschaftlicher Thinktank aus Frankreich. Ziele sind die Erneuerung progressiven Denkens, die Bereitstellung von politischer Expertise sowie die Förderung europäischer und internationaler Netzwerke.



www.tnova.fr



Giuliano da Empoli ist Vorsitzender des italienischen Thinktanks *Volta* und Kolumnist für die Zeitung „*Il Messaggero*“. Er ist Autor mehrerer Bücher, so etwa „*Le Florentin*“ (2016) und „*La rabbia e l’algoritmo*“ (2017).

Volta ist ein „new generation“ Thinktank mit Sitz in Mailand. Auf europäischer Ebene setzt sich *Volta* dafür ein, dass fortschrittliche Ideen zur Zukunft Europas entwickelt und verbreitet werden.



www.voltaitalia.org



Dominic Schwickert ist der Geschäftsführer des *Progressiven Zentrums*. Er hat langjährige Erfahrung in der Politik- und Strategieberatung. Von ihm erschienen sind u.a. „*Strategieberatung im Zentrum der Macht*“ (2011) sowie „*Zwischen Macht und Ohnmacht*“ (2013).

Das Progressive Zentrum ist ein unabhängiger und gemeinnütziger Thinktank mit Sitz in Berlin. Ziel des *Progressiven Zentrums* ist, neue Netzwerke progressiver Akteure unterschiedlicher Herkunft zu stiften und eine tatkräftige Politik für den ökonomischen und gesellschaftlichen Fortschritt mehrheitsfähig zu machen.



www.progressives-zentrum.org

Dieser Policy Brief entstand in Kooperation zwischen Dem Progressiven Zentrum, Terra Nova und Volta und richtet sich insbesondere an politische EntscheidungsträgerInnen und EntscheidungsvorbereiterInnen in Ministerien, Parlamenten und Parteien, aber auch an Akteure aus Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Erklärtes Ziel ist es, drängende Herausforderungen zu adressieren und mit neuen Perspektiven, programmatischen Ideen und präziser Argumentation konkrete Impulse für eine fortschrittliche und gerechte Politik in Deutschland und Europa zu liefern.

Impressum:

Alle Rechte vorbehalten. Abdruck oder vergleichbare Verwendung von Arbeiten des *Progressiven Zentrums* auch in Auszügen ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung gestattet.

© Das Progressive Zentrum e.V., 2017

Ausgabe: Juli 2017

V.i.S.d.P.: Dominic Schwickert

c/o Das Progressive Zentrum e.V.

Werftstraße 3, 10577 Berlin

Vorsitzende: Dr. Tobias Dürr, Michael Miebach, Katarina Niewiedzial
Geschäftsführer: Dominic Schwickert

www.progressives-zentrum.org

mail@progressives-zentrum.org

www.facebook.com/dasprogressivezentrum

twitter: @DPZ_Berlin

Gestaltung: Daniel Menzel, basierend auf einem Design von 4S & Collet Concepts